



08/SN-32/ME  
von 5  
  
Der  
Rechnungshof

Präsidium des Nationalrates  
Parlamentsgebäude  
1017 Wien

Dampfschiffstraße 2  
A-1031 Wien  
Postfach 240

Tel. +43 (1) 711 71-0  
Fax +43 (1) 712 94 25  
office@rechnungshof.gv.at

Wien, 21. April 2009  
GZ 301.952/001-S4-2/09

## Entwurf eines Sammelgesetzes Dienstleistungsrichtlinie

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Beilage übermittelt der Rechnungshof eine Ausfertigung seiner Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:  
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.:



1 Beilage



**Der  
Rechnungshof**



## Gleichschrift

Bundesministerium für  
Wirtschaft, Familie und Jugend  
Stubenring 1  
1011 Wien

Dampfschiffstraße 2  
A-1031 Wien  
Postfach 240

Tel. +43 (1) 711 71-0  
Fax +43 (1) 712 94 25  
office@rechnungshof.gv.at

Wien, 21. April 2009  
GZ 301.952/001-S4-2/09

### Entwurf eines Sammelgesetzes Dienstleistungsrichtlinie

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für die mit Schreiben vom 2. März 2009,  
GZ BMWFJ-56.205/0011-C1/2/2009, erfolgte Übermittlung des Entwurfs eines Sammelgesetzes Dienstleistungsrichtlinie.

Zu den finanziellen Auswirkungen wird in den Erläuterungen bemerkt, dass das Vorhaben ausgaben- bzw. kostenwirksam sei, jedoch der Umsetzung zwingender Vorschriften des sekundären Gemeinschaftsrechts diene. Zudem könnten die Kosten der Inanspruchnahme der einheitlichen Stellen sowie der Behörden und Verbindungsstellen mangels Erfahrungswerten nicht beziffert werden.

Dazu merkt der Rechnungshof an, dass Kostenschätzungen zu erstellen sind, unabhängig davon, ob Gemeinschaftsrecht umgesetzt wird. Zudem sollten die Mehrkosten für die Umsetzung der geplanten elektronischen Verfahren zumindest grob abgeschätzt werden. Die Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen entsprechen insofern nicht in vollem Umfang den Anforderungen des § 14 BHG und der hiezu ergangenen Richtlinien, BGBl. II Nr. 50/1999 i.d.g.F.

Der Rechnungshof befürwortet die Einrichtung von One-Stop-Shops im Hinblick auf die Anforderungen der Bürger an eine moderne Verwaltung und die Entlastung der Wirtschaft (z.B. „Verwaltungsreform II“, Reihe „Positionen“ 2009/1, S. 47 f TZ 6.14). Er begrüßt daher die geplante Regelung des § 20a AVG, die den Ämtern der Landesregierungen die Aufgaben der einheitlichen Stellen für alle Formen schriftlicher Anbringen überträgt.



GZ 301.952/001-S-4-2/09

Seite 2 / 2

Im Interesse möglichst kurzer Entscheidungsfristen sollte im § 20a Abs. 4 AVG jedoch von der angeführten Variante - die zu einer Verlängerung der Entscheidungsfrist führen könnte - Abstand genommen werden.

Weiters weist der Rechnungshof darauf hin, dass die „opting in“-Klausel hinsichtlich des in § 9 DLG vorgesehenen Genehmigungsverfahrens zu einer Zersplitterung und Uneinheitlichkeit von Verfahrensabläufen führen kann.

Abschließend weist der Rechnungshof darauf hin, dass diese Stellungnahme unvorgreiflich der Ergebnisse der derzeit laufenden Gebarungsüberprüfung betreffend Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der öffentlichen Verwaltung erfolgt.

Von dieser Stellungnahme wird eine Ausfertigung dem Präsidium des Nationalrates sowie dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:  
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: